

Überwachungswahn ist in L.-E. angekommen

Zum Bericht „Städtischer Grillplatz bald videoüberwacht?“ vom 9. Mai:

Dass jetzt von Bürgermeister Ludwig laut darüber nachgedacht wird, die Echterdinger Spielwiese per Video überwachen zu lassen, zeigt, dass der Überwachungswahn mitten in L.-E. angekommen ist. Nein, ich möchte nicht beim Waldspaziergang gefilmt werden – und das wird den feiernden Vereinen und grillenden Familien genauso gehen.

Schlecht erzogene Vandalen werden sich von einer Kamera mit zweifelhaftem Nutzen nicht abschrecken lassen. Es ist zu vermuten, dass die Kamera schnell selbst zum „Opfer“ wird. Auch die abschreckende Wirkung einer Kamera ist sehr zweifelhaft. Es gilt als erwiesen, dass durch Kameraüberwachung Kriminalität lediglich in nicht überwachte Bereiche verdrängt wird. Und ich hoffe nicht, dass jetzt jemand auf die Idee kommt, ganz L.-E. per Video zu überwachen. Irgendwo könnte ja jemand gerade etwas Unrechtes tun. Scheinbare Sicherheit darf nicht weiter auf Kosten der Freiheit gekauft werden!

**Jens Zellmer,
Stellvertretender Vorsitzender der SPD,
Leinfelden-Echterdingen**

Diese Dinge machen nicht nur mich parteipolitikverdrossen

Zum Leserbrief „Organisierte Orchestrierung des Unwillens“ vom 6. Mai:

Glaubt der SPD-Vorsitzende, jetzt etwas gefunden zu haben, um von Sachproblemen ablenken zu können? Warum hat es die Vaihinger SPD bisher noch nicht geschafft, ihren SPD-Baubürgermeister zu bewegen, eine städtische Veranstaltung zur geplanten ZOB-Verlegung nach Vaihingen zu organisieren?

Warum ist die SPD nicht in der Lage, einen Sachvortrag der baden-württembergischen Busunternehmen im technischen Ausschuss (UTA) oder im Gemeinderat durchzusetzen? Warum ist der Vaihinger SPD-Vorsitzende nicht daran interessiert zu erfahren, ob, beziehungsweise in welcher Höhe, die Stadt von der Deutschen Bahn (DB) als der Verursacherin des notwendigen ZOB-Umzugs hierfür entschädigt wird? Falls er es weiß, warum macht er es nicht öffentlich? Warum macht es die SPD nicht öffentlich, mit welchen Argumenten die Stadt eine gemeinsame Planung von neuem Hauptbahnhof und neuem ZOB verhindert hat? Hierdurch wurde eine zentrumsnahe Standortsuche zur Farce degradiert.

Warum halten es die SPD-Gemeinderäte für normal, wenn sich die Stadt bei (überteuerten?) Grundstückskäufen vom Verkäufer (EnBW) die künftige Grundstücksnutzung diktieren lässt?

Diese Dinge machen nicht nur mich „partei-politikverdrossen“! Wenn Herr Müller-Rockstroh als hiesiger SPD-Vorsitzender dafür sorgt, dass seine SPD-Mandatsträger ihre Hausaufgaben zum Wohle der Stuttgarter Bürger korrekt erledigen, dann kann er künftigen „Wutreden“ „stadtbekanntem Anarchisten“ gelassener entgehen.

Franz Schmeller, Rohr

Ungleich gemäßigtere Worte als der Originalton

Zum Bericht „Wut über FOB sprengt die fünf Bürger-Minuten“ vom 8. Mai und dem Leserbrief „Organisierte Orchestrierung des Unwillens“ vom 10. Mai:

Bei der Bezirksbeiratssitzung in Vaihingen am 6. Mai war ich anwesend, bei welcher Sitzung der Schreiber des Leserbriefes vom 10. Mai war, weiß ich nicht.

Der in diesem Brief als „stadtbekanntem Anarchist“ angesprochene Herr Wick, Mitglied der Sprechergruppe der IgFOB, die aus guten Gründen für einen ZOB am Hauptbahnhof streitet, hat nichts anderes als die Meinung mehrerer tausend angehörter Bürger zum Ausdruck gebracht, und dies in ungleich gemäßigteren Worten als im Originalton der Vaihinger. Im Übrigen wurden bei der Bezirksbeiratssitzung auch nahezu 2000 Unterschriften von Bürgern, die einen FOB in Vaihingen ablehnen und für einen weltoffenen ZOB am „Neuen Herzen Europas“ plädieren, dem die Sitzung souverän leitenden Bezirksvorsteher Meinhardt übergeben.

Kein Bezirksbeirat wurde angegriffen, keiner zeigte sich betroffen, viele applaudierten. Herrn Wick deshalb als Populisten und Anarchisten zu bezeichnen, ist nun doch zu viel der Ehre, wenn man bedenkt, dass unser Land über viele Jahre hinweg recht erfolgreich von einem begnadeten Populisten und seinem Vizekanzler, einem ehemaligen Anarchisten, regiert wurde. So weit ist – viele mögen es bedauern, manche begrüßen – der zitierte Herr Wick, zumindest zur Zeit, noch nicht.

Aber dass Freiheit auch immer die Freiheit der Andersdenkenden ist, daran sollte man den Ortsvorsitzenden einer demokratischen Partei eigentlich nicht mehr erinnern müssen.

**Martin Mika,
Dürlewang**

Schutzstreifen zwangsläufig

Zum Bericht „Radspur beseitigt werden“ vom 9. Mai:

Für die Frage, ob der Mahlestraße rechtmäßig ein Blick in die Richtung: In § 45 Abs. 1 c h) Die Tempo-30-Zonen-/Straßen ohne [...]Fahrspur (Zeichen 295), Leitlinie benutzungspflichtige Radwege (Zeichen 240, 241 oder Zeichen 242, Zeichen 237) umfasst sind also nicht nur benutzungsregeln, sondern auch Schutzregeln, da diese mit Zeichen 295, den Straßenverkehrsregeln bei kein Ermessensspielraum von ausgehe, dass die Tempolimiten gehalten werden soll, muss zwangsläufig entfernt werden. Leider missachtet die Polizei doch nicht nur in der Mahlestraße Sie hält auch andernorts an offensichtlich rechten benutzungspflichtigen Radwegen außerhalb von Tempo-30. Dabei sollte nicht unerwähnt zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass die Unfallgefahr auf Radwegen höher als auf den Straßen durchbringen, die Benutzung vollkommen abzusagen (weithin missachtete) Radwege eingeführt und sie theoretisch einzelfälle beschränkt. Dies auch zehn Jahre später gilt für Filderstadt ist dabei allzu deutlich.

Mark Hübler,

Dies ist zum Hohn

Zum Bericht „Ein Teil der Stadt Söden ausgerichtet“ vom 10. Mai: Matthias Gastel (Grüne) (SPD) bedauern, dass im alten Sägewerk in der Bahnhofsstraße die Dächer der Söden ausgerichtet werden. Hohn, wenn dies aus deren Stadträten, die seit Jahren die Umfahrungsstraße um Söden radezu boykottieren, sprechen aus. Dieses Bedauern ist